

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung
des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz
von Dienstag, den 10.05.2011,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:20 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 15:25 Uhr bis 15:50 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Gabriele Almitter
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Hubert Klimmer
Herr Peter Maurer
Frau Petra Münzel
Frau Monika Schuck
Herr Dr. Christian Steidl
Herr René Wendland

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Boris Großkinsky
Frau Ruth Weitz

Gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Erwin Dotzel
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Kurt Schumacher

Verwaltung:

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger
Herr Verwaltungsrat Gerhard Rüth
Frau Regierungsrätin Ursula Ott
Herr Regierungsamtsrat Wolfgang Röcklein
Frau Regierungsrätin Birte Thomasen
Frau Verwaltungsamtsrätin Ruth Heim
Herr Felix Brück

zu TOP 4

Tagesordnung:

- 1 Kundenbefragung Müllumladestation Erlenbach;
Änderung der Öffnungszeiten und Vorstellung weiterer Optimierungsmaßnahmen;
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.12.2010
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.01.2011
- 2 Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem
- 3 Bericht zum Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes - Wertstofftonne
- 4 Sachstand Energie- und Klimaschutzkonzept der Initiative Bayerischer Untermain
- 5 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Kundenbefragung Müllumladestation Erlenbach; Änderung der Öffnungszeiten und Vorstellung weiterer Optimierungsmaßnahmen;
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.12.2010
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.01.2011

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte anhand der Anlage den Sachverhalt.

Zu diesem Punkt liegen auch ein Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.12.2010 und ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.01.2011 vor.

Die FDP beantragt eine Verlängerung der Öffnungszeiten an Samstagen bis 16:00 Uhr. Sie geht allerdings fälschlicherweise von einer Öffnungszeiten bis 12:00 Uhr aus. Seit 01.05.2008 sind bereits beide Wertstoffhöfe an Samstagen bis 14:00 Uhr geöffnet.

Die SPD beantragt eine Verlängerung der Öffnungszeiten von März bis Oktober Montags – Freitags bis 18:00 Uhr (bisher 16:00 Uhr) und an Samstagen von 09:00 bis 16:00 Uhr (bisher 08:00 bis 14:00 Uhr). Beide Anträge betreffen nur den Wertstoffhof Erlenbach.

Vom 12. bis 24. Juli 2010 und vom 25. Oktober bis 6. November 2010 wurde eine Kundenbefragung an der Müllumladestation Erlenbach durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 7.359 Kunden, das sind 9,6 Prozent der Kleinanlieferer des Jahres 2010. Jeder Kleinanlieferer wurde persönlich befragt, die Ergebnisse wurden ausgewertet. Mit ausgewertet wurde auch die Wartezeit vom Eintreffen vor der Müllumladestation bis zur Abfertigung an der Eingangskontrolle. Der Fragebogen ist als Anlage beigefügt, das Ergebnis der Befragung für die beiden Zeiträume und eine Hochrechnung der Ergebnisse auf das Gesamtjahr 2010 ist als Anlage 2 beigefügt.

Die Auswertung zeigt auch, dass die Wartezeiten im Normalfall unter fünf Minuten liegen (63,1 %). 28,1 % der Kunden mussten 5-10 Minuten Wartezeit in Kauf nehmen und 8,7 % der Kunden mussten länger als 10 Minuten anstehen. Die Anlage 3 enthält die Wartezeiten in grafischer Form. Die Anlage 4 zeigt die Wartezeiten an den einzelnen Wochentagen. Es ist deutlich zu sehen, dass die Wartezeiten an den Samstagen ansteigen und am Höchsten sind.

Alle befragten Kunden hatten die Möglichkeiten, mittels Antwortkarte Anregungen und Verbesserungsvorschläge an uns zu senden. Davon machten immerhin 904 oder 12,3 % der Befragten Gebrauch. Die Auswertung hieraus können der Anlage 5 entnommen werden.

Die Anlage 6 enthält die zeitliche Verteilung der 76.685 Kleinanlieferer des Jahres 2010 auf die Wochentage und die Öffnungszeiten.

Die Anlage 7 enthält die Herkunft der Kleinanlieferer. 2010 kamen 87 % der Kunden aus dem Nord-Landkreis und 48 % aus den drei Gemeinden Elsenfeld, Erlenbach und Obernburg. Die Einwohner dieser drei Gemeinden liefern ja auch ihre Grünabfälle unmittelbar bei uns an. Knapp die Hälfte der Anlieferer aus diesen drei Gemeinden dürften daher Mono-Grüngutanlieferungen bringen, die sich nach unseren Berechnungen für 2010 auf 17.107 oder 22,3 Prozent belaufen.

Viele Zahlen, die jedoch auch einige wichtige Rückschlüsse zulassen:

Nur 22 % der Anlieferungen sind Mono-Grüngutanlieferungen. Diese könnten mit entsprechendem organisatorischem und personellem Aufwand direkt zum Grüngutkompostplatz gesteuert werden.

„Könnten“, denn bei einem derartigen Abbiegeverkehr auf der Staatsstraße brauchen wir zwingend eine Abbiegespur. Und die Zufahrt von der Staatsstraße zum Grüngutkompostplatz ist nur einbahnig mit einem Ausweichplatz. Über diese schmale Zufahrtstraße können wir keine 17.000 Fahrzeuge, davon noch 4.500 mit Anhänger, im Jahr geballt an Freitagnachmittagen und Samstagvormittagen schicken.

Über 7.000 Kunden bringen uns ihre gelben Wertstoffsäcke, davon kommt sogar ein kleiner Anteil nur mit den gelben Wertstoffsäcken vorbei.

Und immerhin haben wir noch rund 2.300 Kunden, die mit Kleinstmengen (z.B. 1 Eimer Bauschutt) kommen.

Der Löwenanteil unserer Kunden, 47 %, sind die echten Mischanlieferungen, die wir auf jeden Fall auf den eigentlichen Wertstoffhof lassen müssen. Selbstverständlich hat auch ein Teil von ihnen Grüngut dabei. Bei einer getrennten Grünguterfassung müssten diese Kunden zweimal abgefertigt werden.

Und einige weitere Zahlen:

Im ersten Quartal 2011 meldet Erlenbach trotz des langen Winters eine Steigerung von 16,2 % gegenüber dem ersten Quartal 2010. Das heißt, dass wir trotz aller Bemühungen zur Optimierung und Verbesserung der Entwicklung hinterherlaufen. Diese Kundenzahlen kann der Wertstoffhof Erlenbach nicht verkraften.

Und weiter: Derzeit steht die Elektro-Altgerätefassung in Brüssel und Berlin auf dem Prüfstand.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich hier die Anzahl der zu erfassenden Gerätegruppen von derzeit fünf auf sieben erhöhen wird. Das heißt, wir benötigen mehr Containerstandplätze für E-Schrott.

Wir schlagen daher im Moment nur eine Verlängerung der Öffnungszeiten vor.

Weitere kleinere Verbesserungsmaßnahmen entsprechend der Wünsche unserer Kunden, Infomaterial vor dem Eingangstor, breitere Treppen zu den Containern, haben wir bereits eingeleitet.

Die große Lösung für unseren Wertstoffhof Erlenbach bedarf einiger Einschränkungen unserer doch sehr großzügigen Regelungen, wie z.B.

- Grundgebühr für jede Anlieferung,
- Begrenzung der gebührenfreien Anlieferungen, z.B. auf 8 und für die drei Grüngut-Gemeinden auf 20 im Jahr. Hier ist eine Staffelung nach Müllgefäßgröße möglich.

Die ständig steigenden Kundenzahlen müssen dadurch eingeschränkt werden. Unsere Bürger sollen zu uns kommen, aber nicht wegen Klein- und Kleinstmengen.

Was wäre noch möglich, was wurde noch geprüft?

Der Einbau einer Beleuchtungsanlage für den Wertstoffhof wäre für eine Verlängerung der Betriebszeiten in den Wintermonaten erforderlich. Die eingeholte Kostenschätzung hierfür beläuft sich auf ca. 18.000 €.

Auf diese Beleuchtungsanlage haben wir im Übrigen mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung bei der Erweiterung der Anlage im Jahr 2006 aus Kostengründen verzichtet.

Wir haben auch den Einbau einer Rampe geprüft. Damit könnten die Container von oben befüllt werden, was für die Kunden und für den Ablauf sicherlich eine Erleichterung bringen würde. Dies ist technisch möglich aber zur Kostenermittlung bedarf es einer Detailplanung.

Weitere Verlängerung der Öffnungszeiten: Eine weitere Verlängerung der Öffnungszeiten ist mit dem vorhandenen Personal keinesfalls möglich. Das Arbeitszeitgesetz und der Tarifvertrag sind hier von uns zwingend zu beachten. Und bedenken Sie auch, dass jeder Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin Anspruch auf sechs Wochen Urlaub hat. Die Vertretungsregelungen bereiten uns schon heute erhebliche Probleme und sind mit weiteren Verlängerungen der Öffnungszeiten mit dem vorhandenen Personal oder einer geringfügigen Aufstockung nicht mehr zu bewältigen.

Allein die Pausenvertretungen, an den langen Arbeitstagen 45 Minuten, an allen anderen Arbeitstagen 30 Minuten, sind bei der erforderlichen Schichtenteilung und in der Urlaubszeit mit vorhandenem Personal nicht abzudecken.

Wir benötigen daher:

1. Für die Vertretung der beiden Deponieleiter in Erlenbach eine zusätzliche Kraft, Umweltschutztechniker oder gleichwertig, mit einer Stundenzahl von 22 Wochenstunden für die Monate April bis Oktober mit der Möglichkeit auch Vertretungen in den restlichen Monaten zu übernehmen. Die Kosten hierfür sind nur grob zu schätzen und betragen mit allem Vorbehalt ca. 20.000 € im Jahr.
2. Für die Aufstockung der Eingangskontrolle veranschlagen wir 7.000 €
3. Für die Verlängerung der Arbeitszeiten unserer Aushilfskräfte an den Freitagnachmittagen veranschlagen wir 3.000 €

Damit betragen die anfallenden zusätzlichen Personalkosten für die verlängerten Öffnungszeiten von April bis Oktober 30.000 € im Jahr.

Die Maßnahme sollte daher zu gegebener Zeit daraufhin überprüft werden, ob sie tatsächlich zu Verbesserungen führt. Gegebenenfalls ist dann über andere Lösungen nachzudenken.

Landrat Schwing dankte Regierungsamtsrat Röcklein für seine Erläuterungen und fügte hinzu, er halte dies für einen vernünftigen Vorschlag, trotz der anfallenden Kosten. Hier habe man ein zusätzliches Angebot, was eigentlich zu dem bestehenden System nicht passe, was sich aber so ergeben habe und auch entsprechend angenommen werde. Natürlich sei es durch den Nulltarif entsprechend attraktiv für unsere Bürgerinnen und Bürger und werde hoch frequentiert. Auf der einen Seite müsse man natürlich die Dienstleistungen sehen, auf der anderen Seite wollen die Bürgerinnen und Bürger aber auch nicht überfordert werden, was die Müllgebühren anbelangt.

Man habe über 7.000 Kunden befragt und somit ein breites Meinungsspektrum. Nur 4,2 % fordern erweiterte Öffnungszeiten und somit werde man den Forderungen mit dem vorliegenden Vorschlag mehr als gerecht.

Natürlich werde man weiter nach Verbesserungen schauen, dies sei eine Daueraufgabe. Möglichst natürlich ohne zusätzliche Kosten, dies sei auch ganz klar.

Kreisrat Wendland wies den Tadel an die FDP-Fraktion bezüglich des Antrages zurück. Die Öffnungszeiten habe man aus einer Internetquelle. Scheinbar seien damals die Öffnungszeiten noch nicht hinreichend kommuniziert gewesen, sonst wäre dieses Thema gar nicht erst aufgekomen.

Der Vorschlag, die Öffnungszeiten an Donnerstagen von 16:00 auf 18:00 Uhr auszuweiten, gehe seines Erachtens völlig am eigentlichen Problem vorbei, daher habe man auch den Antrag gestellt, für die Pendler und Berufstätigen. Der Antrag ziele auf Samstage ab. Immerhin sei die Erweiterung an Freitagen ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Er bleibe aber dabei, dass in der Tendenz und trotz aller Schwierigkeiten die eigentliche Zielführung des Antrages gewesen sei, den Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, am Samstag die Erledigung vernünftig abschließen zu können. Daher sei er auch in Bezug auf die Kosten nicht zufrieden, weil er den Donnerstag für einen Placebo-Effekt halte und seines Erachtens nicht zielführend sei.

Kreisrätin Münzel verstehe dies ebenfalls nicht, der Samstag zeige die meisten Anlieferungen und auch die längsten Wartezeiten. Sie sehe anhand der Grafiken, dass die Zeiten zwischen 14:00 und 16:00 Uhr scheinbar sehr geschätzt werden. Daher frage sie sich, warum nicht der Samstag verlängert würde.

Weiterhin sei gesagt worden, dass der Wertstoffhof Erlenbach fast zu klein sei. Sie sei froh, dass es zuerst einmal kostenfrei bleiben solle, auch bei den Kleinstmengen. Sie finde es ökologisch erfreulich, dass die Leute dort so bewusst seien.

Aber es kämen auch nicht unerheblich Anlieferungen aus dem südlichen Landkreis (z. B. Eichenbühl): Könne man diese Anlieferer nicht nach Guggenberg umleiten? Oder sei Guggenberg nicht so attraktiv?

Landrat Schwing griff den ökologischen Aspekt auf: Er könnte nicht nachvollziehen, was an tausenden Einzelfahrten wegen einem Eimer ökologisch sein solle. Weiterhin brauche sich niemand Sorgen um die Arbeitnehmer machen: Niemand müsse fahren! Man habe ein System, welches noch dazu eine Menge Geld koste, dass jeder von zu Hause aus mehrfach im Jahr die Abholung nutzen könne. Dies ginge über Internet, Telefon oder Karte. Hier habe die Firma mittlerweile einen Anspruch auf Ausgleich, weil der Bereich massiv gefallen wäre. Jeder fahre selbst nach Erlenbach. Dies habe mit ökologisch nichts zu tun. Für jedes Argument habe er Verständnis, aber für dieses nicht.

Regierungsamtsrat Röcklein wandte an Kreisrat Wendland, die Kunden kommen vor- und nachmittags. Er wies darauf hin, dass in der Mittagszeit zwischen 12:00 und 14:00 Uhr eine relative Flaute herrsche, dies zeige die Grafik eindeutig.

In Bezug auf die Anlieferungen aus dem Südlkreis nannte er 33 Anlieferungen aus Eichenbühl. Viele Kunden hätten etwas zu erledigen und fahren dann in Erlenbach vorbei. Weiterhin müsse man bedenken, dass Kunden aus Amorbach beispielsweise kilometermäßig genauso weit nach Erlenbach wie auch nach Guggenberg haben. Es gebe viele Gründe, warum ein gewisser Prozentsatz aus den Südgemeinden nach Erlenbach fahre. 87 % allerdings kommen aus den Nordgemeinden.

In Bezug auf die Verlängerungen der Öffnungszeiten an den Samstagen wies er darauf hin, dass man in Schwierigkeiten mit dem Personal komme auf Grund des Arbeitszeitrechtes. Man hoffe auf eine Entlastung durch die Erweiterung der Freitage.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, wenn man mehr Leistung und mehr Service wolle, dann koste dies eben auch mehr Geld. Die CSU-Fraktion halte daher die 30.000 € für akzeptabel. Er stellte die Frage an die SPD-Fraktion, die den Antrag gestellt habe, nach einer kostenneutralen Idee!? Wenn man etwas Geld verlangen würde, könnte man im Sinne der Ökologie vielleicht weniger Anlieferungen erreichen. Vielleicht könne man sich auch etwas Ähnliches wie die Praxisgebühr überlegen, aber natürlich habe man da auch wieder Verwaltungsaufwand.

Kreisrat Klimmer erklärte, ihm sei der Beschlussvorschlag nicht konkret genug. Man solle eine Probephase beschließen bis Ende des Jahres und dann die Entwicklung betrachten. Dann könne man endgültig beschließen, dass man mit mehr Personal arbeite.

Kreisrätin Eberth erzählte aus einer Erfahrung, dass die Kapazitätsgrenze an einem Samstagmorgen schnell erreicht sei und dies speziell in Bezug auf die Verkehrssituation und die Abbiegespur sehr ungemütlich schlecht sei. Insofern müsse man eigentlich dafür sorgen, dass hier nicht zu viele Leute kommen, und dazu diene die Entzerrung. Daher fragte sie im Hintergrund auch, ob hier eine Schleiflösung oder ähnliches in Frage komme und ob das Gelände nebenan verplant sei.

Landrat Schwing bestätigte, dass das Gelände des Landkreises verplant sei.

Kreisrätin Almitter bemerkte, in ihren Augen machen die zusätzlichen Anlieferungen Sinn, wenn man große Entrümpelungen von Umzügen oder Haushaltsauflösungen habe. Sie persönlich sei aber froh über das Holsystem, habe aber den Eindruck, dass älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch Probleme mit der Bestellung von Sperrmüll und Altschrott hätten. Natürlich regele sich dies oft durch Nachbarschaftshilfe, aber vielleicht könne man in den Gemeinden etwas mehr auf die Älteren eingehen.

Der SPD-Antrag sei eigentlich entstanden aus Gedanken über den Grüngutplatz. Man akzeptiere die Verlängerung an den Freitagen in der Hoffnung, dass die Menschen dies nutzen werden. Natürlich wäre der SPD-Fraktion auch eine Verlängerung für den Samstag lieb gewesen, allerdings dürfe man die Kosten nicht außer Acht lassen.

Landrat Schwing lobte diese verantwortungsvolle Aussage für die SPD-Fraktion. Sicherlich hätten sich viele andere Lösungen gewünscht, aber es sei immer ein Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Dienstleistungen. Er wies nochmals darauf hin, dass er ein Anhänger des Holsystems sei. Aber ein zweites System koste eben Geld. Gut wäre, wenn man die vielen tausend Kleinanlieferer zur deutlichen Entlastung weg halten könnte.

In Bezug auf die Abwicklung sei er sich sicher, dass sich dies in den nächsten ein bis zwei Jahren regulieren werde. Den Vorschlag von Kreisrat Klimmer halte er daher für vernünftig.

Kreisrat Wendland bemerkte, er verstehe nach wie vor nicht, warum der Donnerstag mit zwei Stunden verlängert werden könne, was in seinen Augen nichts bringe, aber an den Samstagen diese zwei Stunden nicht möglich seien. Er sei bereit, für die Verlängerung der Freitage mit zustimmen, aber eine Verlängerung an den Donnerstagen sei nicht die Intention des Antrages gewesen.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte, der Antrag der SPD-Fraktion ziele auf tägliche Öffnungszeiten bis 18 Uhr ab; der Antrag der FDP-Fraktion auf eine Verlängerung der Samstage. Man habe eine Kombination gewählt, um Wünsche von beiden teilweise erfüllen zu können. An den Samstagen habe man das 36-Stunden-Problem, es gebe eben Arbeitsschutzvorschriften. Mit Personalaufstockung sei natürlich alles möglich, aber nicht für 30.000 €

Kreisrat Dr. Steidl fügte dem Beitrag von Kreisrätin Eberth an in Bezug auf den Rückstau, ob man hier eine effizientere organisatorische Lösung finden könne.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte, man müsse an Samstagen die Einfahrt und die Abfertigung künstlich verzögern, da sonst einfach zu viele Autos auf dem Hof seien. Man könne nur eine bestimmte Anzahl an Fahrzeugen auf den Hof lassen, dies sei nicht anders möglich.

Landrat Schwing fügte hinzu, der heutige Beschluss sei ja nicht die einzige aktuelle Maßnahme, man habe schon einige Kundenwünsche umgesetzt, und dies werde man auch zukünftig tun. Man müsse auch bedenken, man habe eine Umladestation gebaut und als Abfallprodukt einen Wertstoffhof immer weiter aufgebaut. Natürlich sei man damit auch räumlich gebunden. Die aktuelle Situation sei nicht von Anfang an so geplant gewesen. Jeder Bürgermeister wisse, was eine zusätzliche Abbiegespur koste. Dies sei alles nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussehe. Man sei auch dankbar für Vorschläge, aber erbat darum, das Kosten-/Nutzenverhältnis abzuwägen. Man könne viele Dienstleistungen bringen, aber der Bürger müsse dies bezahlen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste bei einer Gegenstimme mehrheitlich den folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz beschließt die Öffnungszeiten für die Müllumladestation Erlenbach – Teilbereich Wertstoffhof und Problemabfallannahmestelle – ab 01.07.2011 an Donnerstagen und Freitagen von bisher 16:00 Uhr auf 18:00 Uhr zu verlängern.

Diese Maßnahme gilt nur für die Sommermonate entsprechend den gesetzlichen Festlegungen der Sommerzeit. Sie gilt auch nur für Kleinanlieferer. Die Müllumschlaganlage selbst ist nicht betroffen.

Die erforderlichen Personalentscheidungen sind von der Verwaltung umzusetzen.

Es ist zu gegebener Zeit zu prüfen, ob die Maßnahme tatsächlich zu Verbesserungen führt.

Tagesordnungspunkt 2:

Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem

Regierungsamtsrat Röcklein gab folgenden Sachstandsbericht:

Unser Arsenproblem auf der Kreismülldeponie Guggenberg haben wir derzeit im Griff.

Deponiesickerwasser DK-II-Deponie

Mit der vorübergehenden Erlaubnis der Wasserbehörden, das ansonsten gereinigte Sickerwasser mit einem Arsenwert von 0,3 mg/l abzuleiten, ist es uns gelungen, die riesigen Wassermengen der Wintermonate zu bewältigen. Dabei mussten wir den Arsengrenzwert nicht voll ausnutzen. Aber aufgrund der in unseren Bescheiden festgelegten Kombination von Wassermenge, Konzentration und Fracht war die Situation nur so noch beherrschbar.

Wir weisen noch einmal ausdrücklich daraufhin, dass der Grenzwert von 0,3 mg/l auch bei anderen Anlagen üblich ist und insbesondere auch der Herkunftssteinbruch unseres Schotter nur diesen Grenzwert einhalten muss.

Wir haben am 14.01.2011 in unseren beiden Pufferbecken auf der Deponie Guggenberg einen Wasserstand von 10.897 cbm gemessen. Dieser Wert lag 26 Prozent über dem genehmigten Wert und 6 Prozent oder 680 cbm unter dem Überlauf der Becken.

Inzwischen konnten wir diesen Wert auf 5.389 cbm am 27.04.2011 herunterfahren.

Am 24.03.2011 konnten wir wieder auf den mit neuem Filtermaterial befüllten Bayoxidefilter umschalten und fahren seitdem gesichert unter dem alten Grenzwert von 0,1 mg/l. Wir hoffen, dass dieses Mal die Standzeit des Filtermaterials deutlich über den ungünstigen Ergebnissen vom Spätsommer 2010 liegt und tun alles, um dies auch zu erreichen.

Parallel erproben wir in einer kleinen Versuchsanlage ein zweites Filtermaterial.

Veränderungen bei der Arsenbelastung des Sickerwassers aus dem neuen Abschnitt der DK-II-Deponie sind nicht festzustellen. Das Sickerwasser aus diesem Bereich ist immer noch sehr hoch belastet.

Wasser aus der DK-0-Deponie

Auch dieses Wasser weist unveränderte Belastungen mit Arsen auf.

Die Belastung ist allerdings deutlich niedriger als aus der DK-II-Deponie. Der gerichtlich bestellte Sachverständige führt dies auf die hier nicht verwendete Folie zurück.

Eine von der Arbeitsgemeinschaft Deponie Guggenberg durchgeführte Beprobung der unmittelbar vom arsenbelasteten Wasser kontaktierten geologischen Barriere ergab allerdings keine erhöhten Werte.

Dieses Wasser kann derzeit gemeinsam mit dem sonstigen Oberflächenwasser über unsere Absetzbecken ohne weitere Behandlung dem Wildbach zugeführt werden.

Wasser aus der Nordböschung

Hier ist eine Beprobung aufgrund der Gegebenheiten nicht regelmäßig möglich. Hier wurden bisher die höchsten Konzentrationswerte gemessen.

Allerdings handelt es sich hierbei um eine verhältnismäßig kleine Fläche. Eine gesonderte Ableitung ist derzeit technisch nicht machbar. Eine Behandlung übersteigt unsere derzeitigen Kapazitäten.

Dieses Wasser kann bisher gemeinsam mit unserem weiteren Oberflächenwasser über unsere Absetzbecken dem Wildbach zugeleitet werden.

Am festgesetzten Messpunkt, am Beginn des Wildbaches oberhalb von Guggenberg, konnten wir bisher immer den Zielwert von 0,3 mg/l Arsen einhalten.

Wir wissen inzwischen viel mehr über Arsen. Das Schwermetall Arsen ist im Buntsandstein des Odenwalds und des Spessarts nur in geringen Konzentrationen vorhanden. Aber auch in unseren Gegenden gibt es Orte früherer vulkanischer Tätigkeit wie Sailauf, aber auch den Katzenbuckel im Odenwald, die höheren Arsengehalt aufweisen.

Im Freisinger und im Dachauer Moos ist Arsen sowohl im Boden als auch im Grundwasser ein Problem. Auch in der Günzburger Gegend gibt es natürliche höhere Arsenvorkommen. Und der Schwarzwald weist teilweise hohe Arsenkonzentrationen auf.

Durch Zufall haben wir von einem Projekt im Schwarzwald erfahren, mit welchem dort anfallende arsenhaltige Gesteinsmengen behandelt und damit wieder als Baustoff eingesetzt werden können.

Wir haben bereits an das hierfür verantwortliche Ingenieurbüro in Mannheim einen Auftrag für entsprechende Versuche mit unserem arsenhaltigen Schotter in Guggenberg erteilt. Dieses Büro ist sehr optimistisch und will mit Beregnen oder Besprühen des Schotters mit einer Speziallösung das Arsen unlösbar binden.

Das Projekt wird von unserer Seite von Herrn Professor Weigand fachlich begleitet.

Dies ist für uns umso wichtiger da unser Gegner im Baumangelverfahren seine im Januar erklärte grundsätzliche Bereitschaft zum Austausch des Schotters in der DK-0-Deponie inzwischen wieder zurückgezogen hat. Für die DK-II-Deponie und die Nordböschung macht uns das Gutachten des gerichtlich bestellten Sachverständigen wenig Hoffnung, dass wir den Austausch des Schotters erreichen können.

Wir müssen also alle Erkenntnisse gewinnen und alle Möglichkeiten ausloten, die uns notfalls eine kostengünstige Lösung des Schotterproblems ermöglichen und erleichtern.

Dazu zählt auch die Behandlung des Schotters insitu, also vor Ort.

Wir haben daher auch ein weiteres Forschungsprojekt mit der Fachhochschule Gießen auf den weg gebracht. Dies soll uns offene Fragen beantworten und Hilfestellung bei künftigen Entscheidungen geben.

Unterstützt werden wir derzeit auch durch einen Praktikanten der Fachhochschule Gießen, der für fünf Monate seinen Wohnsitz in Guggenberg aufgeschlagen hat. Erste interessante Erkenntnisse, beispielsweise zur Rücklösung des Arsens aus dem Schlamm der Pufferbecken, haben wir dieser Maßnahme zu verdanken.

Auch hier müssen wir Klarheit haben, denn das erste Pufferbecken steht im nächsten Jahr zur turnusgemäßen Reinigung und Überprüfung an.

Es tut sich viel, aber es ist auch noch viel zu tun und eine schnelle Lösung können wir auch heute nicht aufzeigen.

Aber Sie und insbesondere auch die Bürger von Eichenbühl können sicher sein, dass schädliche Umweltauswirkungen bisher nicht aufgetreten sind und von uns auch in Zukunft verhindert werden.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Bericht zum Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes - Wertstofftonne

Regierungsamtsrat Röcklein gab folgende Informationen zur Kenntnis:

Sicherlich erinnern Sie sich noch an unseren Bericht zum Entwurf des neuen Abfallgesetzes, das künftig nur noch Kreislaufwirtschaftsgesetz heißen wird, in der Sitzung vom 6. Dezember 2010.

Wir haben die damals beschlossene Resolution natürlich an unsere Verbände und Organisationen und an die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Zöller und Joachim Spatz weitergeleitet. Wir haben auch von beiden Antworten erhalten und haben noch eine kleine Hoffnung, dass beide Herren bei den parlamentarischen Beratungen des Gesetzes an unsere Resolution denken.

Am 30. März 2011 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf beschlossen und damit das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet.

Leider wurde der Entwurf auch vom Bundeskabinett in der von allen Kommunen kritisierten Form beschlossen.

Aber wir wissen, dass die meisten Bundesländer mit dem Entwurf nicht einverstanden sind und die Kommunen bei ihren Forderungen unterstützen wollen.

Auch im Bundestag sind viele Abgeordnete auf der kommunalen Seite, denn sie sitzen ja in ihren Wahlkreisen auch in Kreistagen und Stadträten.

Das ständig von den Vertretern des Bundesumweltministeriums wiederholte Argument, die Eingriffe in die Zuständigkeit der Kommunen werden vom Europarecht und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes gefordert, ist inzwischen widerlegt. Ein Gutachten einer renommierten Berliner Rechtsanwaltskanzlei im Auftrag Arbeitsgemeinschaft stoffspezifische Abfallbehandlung – ASA – bestätigt, dass die Abfallentsorgung der Haushalte und gleichartiger Anfallstellen einschließlich der Wertstoffsammlung, eine kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge nach EU-Vertrag und Rechtsprechung des EUGH ist.

Die Wertstofftonne

Bereits am Tag nach dem Kabinettsbeschluss konnten wir alle in der Presse lesen, dass die Wertstofftonne kommt. Eine orange Tonne für die Wertstoffe die bisher im Restmüll landen, will uns das Bundesumweltministerium einvernehmlich mit den privaten Entsorgungskonzerne schmackhaft machen.

Tatsache ist, dass im Gesetzentwurf eine weitergehende Wertstofffassung vorgesehen und eine Wertstofftonne gefordert wird. Näheres soll aber durch eine eigene Verordnung geregelt werden, die nicht einmal im Entwurf vorliegt.

Dafür und für die Evaluierung der Verpackungsverordnung wurden bereits drei Gutachten mit zusammen 706 Seiten erstellt. Auf dieser Grundlage wird derzeit vom Umweltbundesamt ein Planspiel durchgeführt, welches die Grundlagen für eine Wertstofftonne und die geplante Verordnung liefern soll.

Nur der Vollständigkeit halber, aus Bayern werden die Kommunen bei diesem Planspiel kompetent durch den stellv. Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebes der Landeshauptstadt München und den Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Miesbach vertreten.

Aus diesen Gutachten ergibt sich, dass empfohlen wird, über die „neue Wertstofftonne“ stoffgleiche Nichtverpackungen zu erfassen und eine stolze Menge von 7,1 Kilogramm je Einwohner erwartet wird. Strittig ist noch die Miterfassung von Elektrokleingeräten.

Für unseren Landkreis:

Die stoffgleichen Nichtverpackungen heißen bei uns „Verpackungsfremde Wertstoffe“ und werden seit Einführung des gelben Sackes über diesen miterfasst. Die derzeitige Erfassungsmenge beträgt 5 Kilogramm je Einwohner über den gelben Sack und ein weiteres Kilogramm über die Wertstoffhöfe. Die Kosten hierfür trägt der Landkreis aus den Müllgebühren.

Nach unserer Auffassung, und wir glauben hier stimmen Sie uns zu, brauchen wir in Miltenberg keine zusätzliche Wertstofftonne. Wir haben diese Aufgabe, wie übrigens auch viele andere Kommunen, bereits vor 20 Jahre in Angriff genommen und erfüllt.

Wir haben in der Zwischenzeit auch beim führenden dualen System, der DSD GmbH, vorgefühlt, wie diese zu einer Verstärkung der Wertstofffassung steht, damit wir das fehlende Kilogramm auch noch erreichen. Die DSD GmbH will vor weiteren Gesprächen die Ergebnisse des Planspiels abwarten. Der Vorgang liegt bei uns auf Wiedervorlage.

Wir brauchen also in unserem Landkreis keine orange Wertstofftonne und wenn die Verantwortung und Entscheidung bei den Kommunen bleibt, wird das auch so bleiben.

Wird uns allerdings die Entscheidung abgenommen, kann niemand vorhersagen wie es ausgehen wird.

Die Freigabe der Wertstoffsammlung

Die vom Bundesumweltministerium im Gesetzentwurf vorgesehene Freigabe der kommunalen Wertstoffsammlung wird, wie das bereits erwähnte Gutachten feststellt, also keinesfalls durch Europarecht gefordert. Hier unterstützt die Bundesregierung einseitig den Kampf um

das inzwischen wertvoll gewordene Altpapier zugunsten der privaten Entsorgungswirtschaft und entgegen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.

Für Miltenberg können wir Ihnen mitteilen, dass die Erlöse aus der Altpapiervermarktung, die uns seit 2004 teilweise und seit 2007 vollständig zufließen, uns sehr geholfen haben, unsere Müllgebühren stabil zu halten und uns auch gemeinsam mit der positiven Entwicklung beim Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt die letzte Gebührensenkung zum 01.01.2009 ermöglicht haben.

Vor Steuern und ohne die Beiträge der dualen Systeme haben wir von 2005 bis 2010 4,32 Millionen Euro an Papiererlösen gebucht.

Diesen Einnahmen stehen natürlich unsere Systemkosten in Höhe von rund 4,41 Millionen Euro gegenüber.

Auch 2010 haben wir mit einem Überschuss von 1,35 Millionen EURO abgeschlossen. Dazu haben der steigende Altpapierpreis sowie die Erlöse aus der Miterfassung der Papierverpackungen für die dualen Systeme 1,23 Millionen EURO netto beigesteuert. Dazu kommen noch steuerliche Vorteile. Bei Gesamteinnahmen von 12,6 Millionen im Jahr 2010 sind das immerhin 9,7 Prozent, die wir natürlich vollständig im Müllhaushalt vereinnahmen und damit unseren Kunden und Abfallgebührenzählern zugute kommen lassen.

Dies stellt die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf in Frage und will aber gleichzeitig die Kommunen verpflichten, bei einem Wegfall der privatwirtschaftlichen Erfassung, z. Bsp. aufgrund sinkender Altpapierpreise, wieder einzuspringen und die Wertstofffassung sicherzustellen.

Deshalb reden wir nach wie vor von Rosinenpickerei. Erlöse sichert sich die private Entsorgungswirtschaft mit Unterstützung der Bundesregierung, Verluste werden sozialisiert und über die Abfallgebühren finanziert.

Daher unsere erneute Aufforderung an alle Kreisräte: setzen Sie sich bei Ihren Parteien und Gruppierungen für ein gerechtes System ein. Die Wertstofffassung muss den Kommunen bleiben, die dann Gewinne und Verluste über ihre Gebührenhaushalte sozialisieren. Dies ist gegenüber allen Gebührenzählern gerecht und billig.

Er wies noch darauf hin, dass bei Interesse der Kreisräte ein Positionspapier des Verbandes kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung zur Verfügung stehe.

Landrat Schwing fügte hinzu, das Thema sei für den Ausschuss nicht neu, auch innerhalb der kommunalen Spitzenverbände habe man Flagge gezeigt und er bat daher auch die Kreisräte darum, für die Sache der Kommunen zu werben, denn man brauche nicht noch eine weitere Tonne.

Kreisrat Dr. Steidl wies in Bezug auf das Recycling von kleinen Geräten wie Handy auf einen Vortrag von Markus Krall der Sunovation GmbH Elsenfeld hin, der unter anderem auch über Kunststoffrecycling berichtete und Tonnen für Handyrecycling geplant seien. Weiterhin sollte man die Wertstofftonne in Bezug auf das EU-Recht eher mit spanischer Gelassenheit umsetzen.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte, es gebe das Elektronikschrott-Gesetz, ganz so einfach sei es nicht. Die Elektronikschrotterfassung und -verwertung ist Sache der EAR-Stiftung. Jeder Hersteller und jeder Importeur müsse Geld an diese Stiftung zahlen. Daraus werde dann die gesamte Sammlung und Verwertung bezahlt. Auch wir als Kommune seien an diese Stiftung gebunden. Auch kein Privater könne sammeln. Sollte es mit dem Gelben Sack nicht klappen, sei die Überlegung, an die örtlichen Elektrohändler heranzutreten, um dort kleine Schrottbehälter aufzustellen. Man müsse nun aber erst ein Ergebnis abwarten. Es

könne nicht jeder einfach beginnen zu sammeln, dies müsse auch finanziert werden, und eine Aufbereitung von Handys sei sehr aufwendig und teuer.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Sachstand Energie- und Klimaschutzkonzept der Initiative Bayerischer Untermain

Regierungsrätin Thomasen gab folgenden Sachstandsbericht:

I. Rückblick

Die Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain hat am **13.10.2008** beschlossen, sich dem Thema „Energie“ auf gesamtheregionaler Ebene widmen zu wollen. Es sollte ein Konzept für eine Potenzialanalyse über regionale Energieerzeugung und –verbrauch erarbeitet und soweit möglich Fördermittel einbezogen werden. Gleichzeitig sollte eine Strategie zur Stärkung der regionalen Energieerzeugung, Energieeffizienz und –einsparung erstellt werden.

Dazu wurde die „Task Force Energie“ als gemeinsamer Arbeitskreis mit folgenden Mitgliedern gegründet: Stadt Aschaffenburg, Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, Initiative Bayerischer Untermain, Aschaffener Versorgungs-GmbH, IHK Aschaffenburg, Handwerkskammer, verschiedene energieintensive Großbetriebe, Energieforum Miltenberg, ZEN-TEC GmbH, Hochschule Aschaffenburg sowie diverse Energieversorgungsunternehmen. Die Verwaltungen der beiden Landkreise, der Stadt Aschaffenburg sowie der restlichen Mitglieder des Arbeitskreises haben sich anschließend auf eine entsprechende Verfahrensweise zur Beauftragung eines externen Büros und Beantragung der Fördermittel verständigt. Gleichzeitig hatte sich die Stadt Aschaffenburg dankenswerterweise bereit erklärt, im Namen der drei Gebietskörperschaften die Abwicklung der Förderformalitäten und die Auftragsvergabe zu übernehmen.

Gemeinsamer Wille war es, das Konzept nur unter entsprechender öffentlicher Förderung zu erarbeiten. Die Leitungsgruppe der Task Force Energie holte Kostangebote ein. Im Rahmen eines Auswertungsverfahrens zur Vergabe von Dienstleistungen erfolgte die Auswertung der Angebote durch die Stadt Aschaffenburg in Abstimmung mit den Landkreisen sowie der IHK Aschaffenburg und der INITIATIVE BAYERISCHER UNTERMAIN. Mittels einer Punktevergabe (Punktevergabe für Fachkompetenz, Öffentliches Beteiligungsverfahren, Leistungsangebot und den persönlichen Eindruck), wurde als besonders qualifiziertes und kostengünstigstes Unternehmen die Fa. B.A.U.M.-Consult GmbH in München ermittelt.

In der Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz am **05.10.2009** berichtete Herr Dr. Heimann von der ZEN-TEC GmbH über die Entstehung, die Teilnehmer und den Auftrag der „Task Force Energie“. Es wurde auch über das beabsichtigte Energie- und Klimaschutzkonzept der beiden Landkreise Miltenberg und Aschaffenburg sowie der Stadt Aschaffenburg berichtet. Als wesentliche Bestandteile des Konzeptes waren eine Bestandsaufnahme zum Energieverbrauch in der Region, die Darstellung von Potenzialen für Ausbau/Nutzung regionaler Energieerzeugung sowie für Energieeinsparung und -effizienz, die Erstellung einer Energie- und CO₂-Bilanz sowie die Empfehlung von Maßnahmen vorgesehen.

Seitens des Gremiums bestand Einverständnis damit, dass Fördermittel beim Bundesumweltministerium beantragt werden und die Firma B.A.U.M.-Consult GmbH, München, mit der Erstellung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes beauftragt wird und sich der Landkreis im Rahmen einer mindestens 70%-igen Förderung durch das Bundesumwelt-

ministerium anteilig zu einem Drittel an den verbleibenden Kosten (incl. Öffentlichkeitsarbeit) beteiligt. Auf Basis des Kostenangebotes des günstigsten Fachbüros, der Fa. B.A.U.M. Consult GmbH in München, wurde in der Sitzung ein Kostenplan vorgestellt, der einen Kostenanteil der drei Gebietskörperschaften von je 15.000 Euro vorsah.

Die Stadt Aschaffenburg hat daraufhin Ende 2009 im Namen der drei Gebietskörperschaften den Förderantrag bei der zuständigen Förderstelle in Berlin gestellt.

Mit Schreiben vom 06.05.2010 teilte der Projektträger des Bundesumweltministeriums (Forschungszentrum Jülich) wesentliche Änderungen der Fördergrundlagen, u.a. die Reduzierung der Höchstförderung auf 60 Prozent, mit.

Wegen dieser geänderten Vorgaben musste auch die Kostenplanung des Landkreises Miltenberg geändert werden. Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die durch das Bundesumweltministerium geänderten Förderbedingungen in der Sitzung vom **28.07.2010** zur Kenntnis und beschloss, die Verwaltung weiterhin zu beauftragen, den Plan für eine regionale Zusammenarbeit im Bereich Klima und Energie umzusetzen.

Mit Bescheid vom **10.11.2010** hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das Projekt mit dem Namen „Integriertes Energie- und Klimaschutzprojekt Bayerischer Untermain – Erstellung einer Strategie zur Stärkung der regionalen, klimafreundlichen Energieerzeugung, Energieeffizienz und –einsparung“ bewilligt.

Die Beauftragung von B.A.U.M.-Consult erfolgte gemäß den Bedingungen des Bewilligungsbescheids Anfang Januar 2011. Das Projekt hat eine Laufzeit von 12 Monaten. Vorgesehen sind folgende Bausteine: Es wird eine fortschreibbare Energie- und CO²-Bilanz erstellt. Hierzu wird zunächst eine Bestandsaufnahme zum Energieverbrauch in der Region gemacht und die regionale Energieerzeugung ermittelt. Dies erfolgt fortlaufend während des Projektjahres durch Datenabfragen bei beispielsweise Energieversorgungsunternehmen, Großverbrauchern, Ämtern und Behörden, Kommunen. Ein weiterer Baustein ist die Potenzialbetrachtung zur Minderung der CO²-Emissionen, wobei beispielsweise die Potenziale für den Ausbau und die Nutzung regionaler Energieerzeugung und die Potenziale der Energieeinsparung und –effizienz betrachtet werden.

II. Aktueller Stand

Im Januar hat das beauftragte Unternehmen vereinbarungsgemäß seine Arbeit aufgenommen. Das Projekt soll Grundlagen schaffen für den regionalen Ausbau regenerativer Energien, die Verbesserung der regionalen Klima- und CO²-Bilanz, die Stärkung regionaler Energieressourcen und die Verbesserung der regionalen Energieeffizienz und Energieeinsparung in der Region.

Als Diskussionsgrundlage und erstem Schritt zum Energie- und Klimakonzept wurde in den Monaten Januar bis März mit der Bestandsaufnahme für alle drei Gebietskörperschaften der Region begonnen. Hierzu wurden bereits verschiedenste Daten abgefragt. Die Ergebnisse der Datenabfrage und Bestandsaufnahme werden Gegenstand eines Zwischenberichts sein, der im Rahmen einer Auftaktveranstaltung am 30.05.2011 veröffentlicht und von B.A.U.M.-Consult erläutert werden wird. Die Bestandsaufnahme umfasst die Bilanzierung der Energieverbräuche und CO²-Emissionen sowie erste Einschätzungen zu den erschließbaren Einsparpotenzialen und Szenarien für die Entwicklung in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr bis 2030. Die Einladung hierzu mit Tagesordnung wurde mittlerweile an alle Kreisräte und Bürgermeister versendet. Eingeladen wurden darüber hinaus beispielsweise verschiedene Unternehmen als Großverbraucher, Ämter, Behörden und Verbände, Energiebetreiber, Kaminkehrer, Energieversorgungsunternehmen. Die Veranstaltung ist öffentlich und wird auch noch bekannt gegeben.

Die Veranstaltung am 30.05.2011 in Aschaffenburg dient der Information über den aktuellen Stand von Bestandsaufnahme und Analyse und bildet gleichzeitig den Auftakt zur Einbindung der relevanten und interessierten Akteure. Sie bietet nach der Präsentation der bisherigen Zwischenergebnisse Raum für Statements und Diskussion.

An die Auftakt- und Informationsveranstaltung schließen sich in den Folgemonaten, voraussichtlich bereits im Juni und Juli, moderierte und themenbezogene Foren an, an denen jedermann nach Anmeldung mitwirken kann. Die Foren/Workshops werden sich voraussichtlich den Themen „Rund ums Haus“, „Regionale Energieerzeugung und –versorgung“ und „Energiemanagement in den Betrieben“ widmen. Die Veranstaltungen finden jeweils in einer der drei Gebietskörperschaften für die gesamte Region statt. Es sind zwei Veranstaltungen pro Thema vorgesehen. Genauer Zeitpunkt und Ort werden rechtzeitig bekannt gegeben.

In den Foren arbeiten die relevanten und interessierten Akteure themenspezifisch und handlungsorientiert im Rahmen von zwei Durchgängen für den gesamten Raum zusammen. Das erste Treffen dient dem Informationsabgleich, der Verständigung von Prioritäten und der Sammlung von zentralen Projektideen. Im zweiten Treffen werden die Ideen konkretisiert.

Am Ende des Projektjahres soll ein zielgruppenspezifischer Maßnahmenkatalog mit Handlungsoptionen stehen. Es wird eine Abschlussveranstaltung und einen Schlussbericht geben. Die Abschlussveranstaltung dient der breiten Mobilisierung der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Unterstützung des erstellten Maßnahmenprogramms. Dabei werden die Ergebnisse des Arbeitsprozesses im Gesamtzusammenhang präsentiert. Die Foren stellen ihre Arbeitsergebnisse vor. Die INITIATIVE nimmt die Veranstaltung als Ausgangspunkt für ihre weitere energiepolitische Diskussion.

Informationen erhalten Interessierte bei Dr. Gerald Heimann, Tel.: 06022-261100 oder per Mail unter heimann@zentec.de.

Landrat Schwing dankte Regierungsrätin Thomasen nicht nur für ihren Vortrag, sondern auch für die Begleitung des gesamten Projektes. Er bat alle Anwesenden, bei Interesse am 30.05.2011 bei der Auftaktveranstaltung in der Stadthalle Aschaffenburg dabei zu sein. Sicherlich erfolge dort auch die Bekanntgabe der weiteren Termine.

Kreisrat Maurer meldete sich zu Wort, man habe vor einigen Monaten über Zielfragen diskutiert und habe sich mehrheitlich verständigt. Er wolle sich vergewissern, dass die Zielfragen nicht mehr geändert worden seien. Er wolle Kreisrat Dr. Fahn berichten, dass die 100%-Frage nicht nachträglich eingearbeitet worden sei.

Regierungsrätin Thomasen antwortete, die Frage von Kreisrat Dr. Fahn sei im Wortlaut nicht aufgenommen worden, sie wolle aber betonen, dass es sich hier um einen ergebnisoffenen Prozess handele. Damals habe sie bereits die Zielvorgaben erläutert. Im Übrigen bestehe auch für Kreisrat Dr. Fahn die Möglichkeit genau dies in den Prozess einzubringen, ebenso wie die Möglichkeit der Teilnahme am Workshop, was auch zu begrüßen wäre.

Landrat Schwing fügte hinzu, jeder habe es selbst in der Hand, was aufgenommen und diskutiert werde. Er wies darauf hin, es sei eine Potentialanalyse und das Ergebnis sei offen.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, Ziel des Gutachtens sei ein möglichst hoher Anteil an regenerativen Energieträgern zu erreichen, ob und wann man die 100 % Eigenversorgung übernehme, sei noch offen, je früher desto besser. Er wolle aber anmerken, damals seien es nur die Fraktionen CSU und die Neue Mitte gewesen, die zugestimmt haben, hier weiterzugehen. Grundlage für die kritische Diskussion sei damals ein Diskussionspapier der IHK aus dem Jahr 2008 von Kreisrat Dr. Fahn gewesen.

Landrat Schwing wies darauf hin, solch eine Diskussion wie hier seien in keiner der anderen Gebietskörperschaften geführt worden, da habe man dies einstimmig beschlossen. Man müsse eben öfter einmal Rücksicht nehmen, wenn man etwas mit Partnern machen wolle. Die Untersuchung gehe ohne Vorbedingungen und vorurteilsfrei heran. Er bat darum, dies nicht vorzubelasten.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Es lagen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin